

Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 28.01.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:58 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Alfeld (Leine), Marktplatz 1, 31061 Alfeld
(Leine)Großer Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende

Beigeordnete Waltraud Friedemann

stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Lukas Lohmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsfrau Nadine Fischbock

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsherr Christian Voit

Ratsherr Guido Franke

Bürgerdeputierte

Frau Nadine Meier

Bürgerdeputierter

Herr Kai Friedemann

Abwesend:

Mitglied

Ratsherr Dr. Volker Grasemann

Ratsherr Dirk Dräger

Bürgerdeputierter

Herr Dr. Volker Bullwinkel

Bürgerdeputierte

Frau Jutta Eilert

Von der Verwaltung:

Bürgermeister Bernd Beushausen

Frau Dr. Sonja Granzow

Herr Thorsten Laugwitz

Frau Scarlett Springmann (Protokollführerin)

Presse:

Frau Hanna Enhardt (AZ)

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Friedemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 07.11.2024**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

3. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

4. **Abschluss der "Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kinderbetreuung (KITA-Vertrag)" mit dem Landkreis Hildesheim; Vorlage: 441/XIX**

Herr Beushausen fasst die Vorlage noch einmal zusammen.

Aufgrund der Schieflage bei der solidarischen Verteilung der durch den Landkreis bereitgestellten Finanzmittel, sieht Herr Beushausen den bisherigen KITA-Vertrag mittlerweile als möglicherweise rechtswidrig an. Außerdem werden Tarifierhöhungen beim Kita-Personal und damit steigende Personalkosten für die Kommunen nicht vom Land vergütet, gesetzliche Qualitätsstandards jedoch weiter erhöht. Der neue KITA-Vertrag ist solidarischer, aber auch nicht die gerechteste Lösung.

Herr Beushausen übt Kritik an den Berichten in den Zeitungen, in denen von Gewinnern und Verlierern die Rede ist. Der neue KITA-Vertrag soll aber gleiche Lebensverhältnisse im gesamten Landkreis schaffen und an die veränderten Gegebenheiten angepasst sein. Lobend erwähnt er Herrn Laugwitz und Herrn Behnel für ihren Einsatz bei den herausfordernden Verhandlungen.

Herr Beushausen weist daraufhin, dass der Vertrag jährlich kündbar ist, es 2027 eine Revision zur gegenseitigen Überprüfung der Kostenverteilung gibt sowie auch eine Präambel vorgesehen ist. Die Verwaltung empfiehlt den Vertragsabschluss.

Auch Frau Friedemann spricht ihren Dank für den Einsatz bei den Verhandlungen aus.

Herr Laugwitz erklärt, dass bei den Verhandlungen die gesamte Situation im Landkreis Hildesheim mit all seinen Kommunen betrachtet worden ist. Eine Rolle spielen dafür u.a. Kindergleichwerte. Lobend erwähnt er Frau Holzgreve bei der Erarbeitung.

Herr Franke fragt, wie die Situation ist, wenn der Landkreis die Kitas übernimmt. Er möchte wissen, ob der Landkreis Mieten zahlt.

Herr Beushausen erklärt, dass es mehrere Möglichkeiten gibt. Die Kitas und das Personal könnten an den Landkreis verpachtet werden, Einnahmen generiert werden. Es würde einen Betriebsführungsvertrag, wie bereits jetzt mit den kirchlichen Kitas, geben. Auch könnten die Immobilien verkauft werden und der Landkreis würde investieren. Es gibt bisher keinen festen Fahrplan für die Übernahme oder die Betriebsführungsverträge.

Herr Laugwitz ergänzt, dass die Baukosten sowie auch die Zuschüsse bilanziert sind und gegengerechnet werden können. Auf Mieteinnahmen wird beispielsweise für die kirchlichen Kitas in städtischen Gebäuden verzichtet, da diese die Aufwendungen für Verwaltungskosten erhöhen würden. Die Kreisumlage schafft einen Ausgleich.

Herr Laugwitz erläutert die Anlage 2 für das Haushaltsjahr 2025.

Herr Franke fragt, ob das Land für die Drittkraft ab 2026 mit Zuschüssen plant. Das Land und der Bund müssen handeln. Die Diskussionen müssen über den Landkreis hinaus stattfinden. Die Kreisumlage darf nicht viel höher steigen.

Herr Laugwitz erklärt, dass die Konnexität nicht vollständig greift. Die Personalkostenzuschüsse laufen weiterhin, der Kitabereich bleibt jedoch unterfinanziert.

Herr Beushausen merkt an, dass die Drittkraft zur Qualitätssteigerung kommt. Es gibt keine neuen Aufgaben und der Bund finanziert es mit. Das Refinanzierungssystem ist jedoch außer Wucht zu Lasten der Stadt geraten. Es gibt keine Klagebefugnis.

Frau Friedemann merkt an, dass das Finanzierungsproblem auch beim Bund besteht. Hinzu kommt der Personalmangel.

Frau Meier fragt, ob sich die Kindergleichwerte ändern.

Herr Laugwitz bejaht dies. Sie sind variabel und werden jährlich neu berechnet. Herr Günter vom Landkreis erstellt u.a. die Statistiken.

Frau Friedemann ergänzt, dass die Sozialdaten erst seit ca. zwei Jahren durch Herrn Günter im Rahmen der Sozialraumplanung erhoben werden können. Bei dem alten KITA-Vertrag konnten diese nicht einfließen.

Herr Laugwitz merkt an, dass in der Presse irrtümlich davon berichtet worden ist, dass die Investitionskostenzuschüsse entfallen. Das ist nicht der Fall. Sie sind separat in einer Vereinbarung festgeschrieben. Es soll jedoch einen pauschalen Betrag pro Kind geben und keine Spitzabrechnung nach Belegen mehr.

Herr Beushausen erklärt, dass der Kreistagsbeschluss mit der Kündigung des KITA-Vertrages am 15.01.2025 umgesetzt worden ist und bis zum 31.01.2025 eine Entscheidung in den Kommunen zum Abschluss des neuen KITA-Vertrages getroffen werden muss.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Die Verwaltung der Stadt Alfeld (Leine) wird beauftragt, den sich aus dem Beschlusskonvolut des Landkreises Hildesheim unter den Vorlagen Nr. 821/XIX-2 ergebenden neuen KITA-Vertrag unverzüglich abzuschließen.“

Herr Beushausen bedankt sich für das deutliche Signal.

- e i n s t i m m i g -

5. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

6. Anfragen

Herr Franke bemängelt, dass eine Beschilderung am Ordnungsamt fehlt, dass die Briefwahl im Erdgeschoss in der Bücherei ab dem 10.02.2025 stattfindet und die Wahlbenachrichtigungskarten in den Briefkasten geworfen werden können.

Frau Dr. Granzow berichtet, dass sie darüber schon informiert worden ist und die Beschilderung bereits angepasst wurde. Sie überprüft das noch einmal. Die Wahlbenachrichtigungskarten können in jedem städtischen Briefkasten eingeworfen werden.

Frau Friedemann schließt die öffentliche Sitzung um 17:58 Uhr.

Vorsitzende:

Bürgermeister:

Protokollführerin